Nummer 200 — Halle, Mittwoch, den 27. August 1924 — 50. Jahr — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Goldmark-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22315. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht beabsichtigt in kürzester Zeit die Präsidenten der einzelnen Zentralnotenbanken zu besuchen, um mit ihnen die schwebenden internationalen Finanzfragen zu besprechen. Dr. Schacht wird sich voraussichtlich nach Bern und Rom und später auch nach Stockholm begeben.

*

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, gemäß Art. 48 Abs. 3 die Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Juli 1924 über den Ausnahmezustand aufzuheben, da eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit nicht vorliegt.

*

Der Mitgliederstand des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter erreichte im Jahre 1921 die Zahl von 163 000, die aber durch Arbeiterentlassungen im Jahre 1923 auf 134 000 zurück ging.

*

Auf Bahnhof Rosenheim bei München verhaftete die Polizei einen Mann, der sich als kommunistischer Kurier entpuppte. Ihm konnte politisches Material über die kommunistische Bewegung abgenommen werden.

*

Der Reichsrat beschäftigte sich mit dem am 25. Juli in Madrid unterzeichneten deutsch-spanischen Handelsvertrag, den er annahm.

*

Der Präsident von Mexiko wird am Mittwoch in München sein.

*

Der deutsche Gesandte in Budapest erschien beim ungarischen Minister für Aeußeres und ersuchte um die Auslieferung des Erzbergermörders Schulz-Förster.

*

Der Amerikaner Owen Young hat sich offiziell bereiterklärt, den Posten des Generalagenten für die deutschen Reparationszahlungen anzunehmen und erwartet bald seine Ernennung.

*

Vor einigen Tagen sind in Wien Vertreter amerikanischer Banken eingetroffen. Es handelt sich um einen Kredit in Höhe von drei Millionen Dollar für die Niederösterreichischen Wasserwerke, die ganz bedeutend ausgebaut werden sollen.

*

Reuter berichtet, es sei wahrscheinlich, daß Macdonald am 3. September in Genf ankommen werde. Es sei möglich, daß Herriot, der zur selben Zeit nach Genf reist, mit Macdonald die Reise von Paris aus gemeinsam machen werde.

*

Eine Nachtsitzung der französischen Kammer ist um 1.45 Uhr früh zu Ende gegangen. Der Laussanner Vertrag wurde mit 410 gegen 171 Stimmen ratifiziert.

*

Von einflußreicher privater Seite wird gegen die Gewährung neuer Kredite an Griechenland in Amerika opponiert wegen drohender Kriegsgefahr auf dem Balkan.

*

Die Weltpfadfindertagung in Kopenhagen wurde nach dreiwöchiger Dauer offiziell geschlossen.

*

Der in Bern tagenden Interparlamentarischen Konferenz ging eine Einladung Coolidges zu, daß die Konferenz 1925 in Washington tagen soll. Die Einladung wurde angenommen.

*

Wie aus dem Haag gemeldet wird, hat die Niederländische Regierung den Bau zweier großer Zerstörer auf niederländischen Werften beschlossen.

*

Am Sonntag ist es in Neapel wieder zu schweren politischen Zusammenstößen auf den Straßen gekommen. 30 Personen wurden verwundet, über hundert von Polizei und Miliz festgenommen.

*

Die spanischen Truppen in Marokko haben eine neue schwere Schlappe erlitten. Chentafa ist nach viertägiger Belagerung in die Hände der Riffleute gefallen. Die Garnison ist gefangengenommen.

*

Nach indischen Meldungen erlitten die Truppen des Emir von Afghanistan mehrere Niederlagen, und verschiedene Regimenter seiner regulären Armee gingen zu den Rebellen über.

*

Nach einer Meldung aus Neuyork hat General Dawes in Augesta den Wahlfeldzug für die Vizepräsidentschaft eröffnet. In seiner ersten Rede sagte er, daß Coolidge und Hughes durch die Ernennung offiziöser Vertreter zu den Sachverständigenausschüssen die Vereinigten Staaten vor **einer Katastrophe gerettet hätten.**

„Die Kunst des Möglichen."

Die Entscheidung über das Londoner Abkommen wird in den nächsten Tagen fallen. Wie ist die Lage?

Außenpolitisch stehen wir genau wie 1914 im Kampf gegen zwei Fronten: Auf der einen Seite gegen die Franzosen, die Rhein und Ruhr besetzt haben. Auf der andern Seite gegen die Russen, die ein Heer von vier Millionen kommunistischen Wählern in unserm Land stehen haben.

Daß mit beiden Mächten offiziell Frieden herrscht, ändert nichts an der Lage.

Die Erfüllungsparteien.

Innerpolitisch ist unsere Lage etwa wie 1917: die damaligen Friedensparteien, die heutigen Erfüllungsparteien (Sozialisten, Zentrum, Demokraten) auf der einen Seite, die „nationalen" Parteien: (Deutschnationale, Deutschvölkische) auf der andern Seite. Ausgeschieden ist der Teil der Sozialisten, der zu den Kommunisten übergegangen ist. Sie können als deutsche Partei nicht angesprochen werden, sondern stehen auf Seiten der Feinde, der Russen.

Zwar behaupten auch die Erfüllungsparteien, daß sie national seien (die Sozialisten nennen sich national oder international, je nach Bedarf) und zweifellos sind in allen drei Erfüllungsparteien zahlreiche durchaus nationalgesinnte Männer. Aber ein gewisser internationaler Zug ist auch bei Zentrum und Demokraten nicht wegzuleugnen. Beim Zentrum bringen das die ultramontanen Kircheninteressen, bei den Demokraten die internationalen Wirtschaftsinteressen mit sich. Die Folge dieses internationalen Einschlags ist auf der Westfront, den Franzosen gegenüber, die Geneigtheit zur Verständigung auf jeden Fall, wobei man Erfüllung mit genau derselben Ueberzeugtheit und mit genau so zweifelhaften Gründe als geeignetes Mittel zur Verständigung ansieht, wie bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.

Die Folge auf der Ostfront, den Russen gegenüber, ist ebenfalls Geneigtheit zur Verständigung auf jeden Fall. Inwieweit und ob zu diesem Zwecke Zugeständnisse gemacht werden, wollen wir hier nicht näher erörtern, es genügt, auf die Haltung Severings, auf die Beilegung des deutsch-russischen Konflikts über die russische Handelsvertretung — und auf den Inseratenteil der kommunistischen Zeitungen zu verweisen (denn jedes dortige Inserat ist eine direkte finanzielle Unterstützung der deutschen kommunistischen Partei, also der feindlichen Ostfront). Auch ob diese Haltung offizielle Parteistellungnahme oder privates Verhalten einzelner Parteiangehöriger ist und ob sie aus wirtschaftlichen oder sonstigen Gründen erfolgt, ist hier gleichgültig, die Tatsachen entscheiden.

Daß die Deutsche Volkspartei in der Frage des Londoner Abkommens auf die Seite der Erfüllungsparteien getreten ist, ist zunächst deshalb so bedeutsam, weil dadurch die Gruppe der Anhänger des Londoner Abkommens einen nationaleren Zug bekommt und ihr internationaler Einschlag verdeckt wird.

Die geheime Diktatur.

Soweit die reine außen- und innerpolitische Parteikonstellation. Neben den Parteien hat sich nun etwas herausgebildet, was wir in der gestrigen Erörterung des kommunistischen Sozialisierungsgesetzentwurfs als Anfang einer Diktatur bezeichneten: der inoffizielle Einfluß der Sozialdemokratie, verkörpert in der Person des Reichspräsidenten Ebert.

Gestützt auf die sozialdemokratische Vorherrschaft im wichtigsten Staat des Reiches, in Preußen, und gestützt auf die heutigen Erfüllungs- und früheren Friedensparteien, — die so wie 1917 auch heute dem Kampf gegen Osten und Westen, gegen russischen Kommunismus und gegen französischen Imperialismus ausweichen wollen — übt Ebert inoffiziell eine Macht aus, die an Diktatur sehr nahe herankeilt. Als Beweis mag sein Verhalten nach der Mai-Wahl dienen, wo er sich über das Grundgesetz des Parlamentarismus, die stärkste Partei zur Regierungsbildung aufzufordern, einfach hinwegsetzte, in krassem Gegensatz zu seinem Kollegen Millerand, der den Grundsatz bis zur letzten Konsequenz befolgte, indem er selbst vom Präsidentenposten zurücktrat.

Einen ebenso deutlichen Beweis von Diktatur liefert Ebert jetzt, indem er erklären läßt, daß er im Falle einer Ablehnung des Londoner Abkommens nicht etwa eine Regierungsneubildung vornehmen — was das Normale wäre — sondern den Reichstag auflösen oder durch Herbeiführung eines Volksentscheids ganz ausschalten werde.

Ob die Volkspartei die Möglichkeit hätte, im Verein mit der Opposition diese Diktatur Eberts zu brechen und eine Regierungsneubildung ohne Reichstagsauflösung zu erzwingen, ist eine Frage, die nur auf Grund der Kenntnis der Intimitäten unserer Politik zu entscheiden ist. Offenbar sieht aber die Volkspartei eine solche Möglichkeit nicht, denn sie hat sich in dieser Frage ebenso wie in der Frage des Londoner Abkommens auf den Standpunkt des Reichspräsidenten gestellt.

Mit dieser Stellungnahme zur Reichstagsauflösung hat sie praktisch der nun bevorstehenden Entscheidung über London ein ganz andres Gesicht gegeben.

Die entscheidenden drei Tage.

Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir die Ablehnung des Londoner Abkommens für die **richtige** Politik halten, und wir bleiben durchaus bei dieser Ansicht. Aber seit durch die verschiedenen Partei- und Ministererklärungen des Donnerstag bis Sonnabend voriger Woche klargestellt ist, daß bei Ablehnung eine einfache Regierungsneubildung nicht in Frage kommt, sondern Diktator Ebert seinen Machtwillen durchsetzen wird, ist die Lage vollständig geändert und es taucht die Frage auf: ob die Ablehnung heute noch **möglich** ist. Denn Politik ist leider nicht die Kunst des Richtigen, sondern des jeweils Möglichen. Und da müssen wir allerdings zu der Ansicht neigen, daß die noch in voriger Woche mögliche und noch heute staats- und wirtschaftspolitisch richtige Ablehnung jetzt parteipolitisch nicht mehr möglich ist.

Durch die Art, wie im Reichstag und in der Presse die Diskussion über Ja oder Nein geführt ist, ist uns zunächst außenpolitisch die Aussicht auf bessere Ergebnisse nahezu verbaut: wir haben die Möglichkeit eines Hinweises auf eine starke ablehnende öffentliche Meinung vernichtet und im Ausland den Eindruck erweckt, daß wir nicht das Gefühl haben, gewaltsam zu unerträglichen Zugeständnissen gezwungen zu sein. Die Ablehnung würde daher als böswillig angesehen werden, und unsere Gegner möglicherweise sogar zu schärferen Bedingungen reizen.

Innerpolitisch vollends würde der Wahlkampf durch den Zeitverlust und den inneren Kampf die Wirtschaftskrise außerordentlich verschärfen, und würde, unter der Parole: „Annahme oder Ablehnung" geführt, die Deutsche Volkspartei wohl oder übel enger an die Erfüllungsparteien heranführen, damit die Diktatur Ebert stärken und eine künftige nationale Politik auf unbestimmte Zeit hinausschieben, selbst wenn die Deutschnationale Partei — was trotz der Stellungnahme des größeren Teils der Landwirtschaft zweifelhaft ist — noch stärker als jetzt aus der Neuwahl hervorginge.

Seit fest steht, daß bei Ablehnung des Londoner Abkommens der Reichstagsauflösung sein unüberwindlicher Widerstand entgegengesetzt würde und weiter, daß die besetzten Gebiete — unter dem Einfluß des dort entscheidenden, an der Erfüllungspolitik, der Ebert-Diktatur und Annahme des Londoner Abkommens festhaltenden Zentrums — gegen eine Ablehnung sind, also seit den letzten Tagen: seitdem steht fest, daß eine Ablehnung praktisch zu derart großen außenpolitischen und innerpolitischen Schwierigkeiten führen würde, daß kaum etwas anderes übrig bleiben wird, als den richtigen Weg zu verlassen und das Herriot-Ebert-Diktat anzunehmen: ein erschütterndes Beispiel für den Fluch des demokratischen Prinzips. Der Parteigeist hat gesiegt.

Das Opfer der Deutschnationalen.

Zu hoffen bleibt nur, daß die Deutschnationalen ohne Rücksicht darauf, daß die Masse den „Umfall" niemals verstehen wird, aus der in den letzten Tagen gewordenen Lage in unbeirrter, nationaler Pflichterfüllung die Konsequenz ziehen, und nicht gegen London stimmen, um die Reichstagsauflösung mit ihren verderbenden Folgen zu vermeiden. Dann bereiteln sie auch den gefährlichsten Plan der Erfüllungsparteien, der im Hintergrunde der Reichstagsauflösung lauert: nach der Neuwahl den General v. Seeckt als Chef der Reichswehr durch den General von Deimling zu ersetzen, womit dem deutschen Volke die einzige Waffe zerschlagen würde, die uns unbedingt gegen den Feind im Osten, den Kommunismus, schützt.

So schwer das Opfer ist, das den Deutschnationalen zugemutet wird, den richtigen Weg der Ablehnung zu verlassen, um größeres Unglück für das Gesamtwohl zu verhüten: Politik ist die Kunst des Möglichen. Und eine deutschnationale Politik der Ablehnung der französischen Forderungen, ohne die übrigen bürgerlichen Parteien, insbesondere die Volkspartei, und im Bunde mit den Kommunisten, d. h. mit den Russen, ist kaum möglich. Sie dürfte an dem inneren Gegensatz zu den Kommunisten, an dem Glauben der bürgerlichen Mehrheit, die beiden Feinde im Osten und Westen durch Erfüllung verjähren zu können, und an der von Zentrum und Demokraten gestützten sozialistischen Diktatur Eberts scheitern. Dabei ist es die letztere, die den Ausschlag gegeben hat, was das deutsche Volk seinem Reichspräsidenten nicht vergessen soll: Er hat mit der Drohung der Reichstagsauflösung die Ablehnung des Londoner Abkommens praktisch nahezu unmöglich gemacht, statt in Zusammenarbeit mit der Opposition eine starke nationale Politik zu machen wie Herriot: er trägt die Verantwortung für das, was kommt.

Was sie nicht alles verlangen.

Wie ein Telegramm aus Stockholm meldet, äußerte der englische Pfadfinder, General Baden-Powell, in einer Unterredung, daß die internationalen Pfadfinderorganisationen, die drei Wochen lang in Stockholm tagten, die Möglichkeit einer Aufnahme der deutschen Pfadfinderverbände besprochen hätten. Deutschland wäre bis jetzt aus dem Pfadfinderverband aus dem Grunde ausgeschlossen, weil dieser der Ansicht wäre, daß die deutschen Pfadfinder rein militärisch ausgebildet würden. Der Verband hat jetzt beschlossen, Deutschland eine Frist von einem Jahre zu geben, sich neu umzuorganisieren. Nach diesem Zeitraum wird der schwedische Pfadfinderverband beschließen, ob die Deutschen aufgenommen werden können.

Der neue polnische Außenminister.

Von Axel Schmidt.

Graf A. Skrzynski bedeutet nicht nur einen neuen Mann, sondern auch ein neues System. Zwar ist er schon einmal Minister des Aeußeren (Dezember 1922 bis Mai 1923) gewesen, und in seine Amtszeit fällt sogar der größte Erfolg der polnischen Außenpolitik: die Anerkennung der polnischen Ostgrenze, wie sie der Rigaer Frieden durch die Entente festgelegt hatte. Ostgalizien und Wilnagebiet waren die beiden Hauptgewinnste der Skrzynskischen Politik.

Unter solchen Umständen, sollte man meinen, müßten die Nationaldemokraten, die Hauptvertreter einer machtvollen Außenpolitik, diese Ernennung mit offenen Armen aufnehmen. Weit gefehlt. Die Nationaldemokratie war empört über diese Kandidatur und setzte alle Hebel in Bewegung, um den höchst unbedeutenden aber bequemen Grafen Zamoyski am Ruder zu belassen. Dieser Haß gegen Skrzynski ist nicht außenpolitisch zu erklären, sondern hat innerpolitische Beweggründe. Bekanntlich zerfällt Polens innerpolitisches Leben in zwei sich leidenschaftlich befehdende Gruppen, die am einfachsten durch die Namen Pilsudski und Dmowski gekennzeichnet werden. Pilsudski ist Demokrat und sein außenpolitischer Gegner ist Rußland. Dmowski ist imperialistischer Reaktionär und sein außenpolitischer Gegner ist Deutschland. Skrzynski war Mitglied des Kabinetts Sikorski, das nach der Ermordung des Staatspräsidenten Narutowicz versuchte, den Linkskurs dieses Politikers noch weiter zu steuern. Skrzynski aber war eine der prominentesten Persönlichkeiten dieses Kabinetts. Daher der Haß gegen ihn, trotzdem er wie gesagt außenpolitisch große Erfolge nach dem Herzen der imperialistischen Nationaldemokratie errungen hatte.

Jedoch Skrzynski hat noch einen schweren Fehltritt nach Ansicht seiner Gegner begangen. Er hatte schon seit lange erkannt, daß die von Zamoyski einseitig auf Poincaré eingestellte Außenpolitik Polens einen schweren Fehler bedeute. Er war deswegen, als noch Baldwin am Ruder war, nach London gereist und hatte dort mit der damaligen Opposition unter Macdonald Fühlung genommen; ebenso hatte er schon damals Fäden zur Herriot gesponnen. Er verfaßte in London ein Buch „Polen und der Frieden", worin er den Versuch unternahm, die polnische Politik den Engländern verständlich zu machen. Als dann Macdonald ans Ruder kam, schien es selbst den Nationaldemokraten an der Zeit, ihn nach Genf zum Völkerbunde zu senden, zumal sich der bisherige Vertreter, der konservative Stirmunt, als wenig geeignet erwiesen hatte. Als dann auch in Paris der Umschwung nach links einsetzte, tauchte in der polnischen Presse der Name Skrzynski als geeignetster Gegenwieser der Entente-Demokraten auf. Ministerpräsident Grabski entschloß sich, ihn trotz des lebhaften Widerspruchs der Nationaldemokraten zum Minister zu ernennen.

Daß Graf Zamoyski dem schweren Posten nicht gewachsen war, darüber herrschte in Polen kein Zweifel. Der liebenswürdige Grandseigneur hatte sich, wie ein polnisches Blatt boshaft bemerkte, schon in Paris als Botschafter darauf beschränkt, nur „Nachrichten aus Polen zu übermitteln und Instruktionen aus Paris zu empfangen". Im polnischen Parlament selbst ist Zamoyski in den sieben Monaten seiner Ministertätigkeit niemals rednerisch aufgetreten. In den Kommissionen las er das im Amte festgestellte Exposé ab und überließ in der Debatte dem sehr geschickten Chefredakteur der nationaldemokratischen Zeitung „Rzeczpospolita" Stronski die Verteidigung der Regierungsstellung. Diese Unselbständigkeit war aber gerade nach dem Sinne der Nationaldemokraten, die bisher im Ministerium des Aeußern frei, besonders in Personenfragen, schalten konnten. Dazu kam, daß Zamoyski als größter und reichster Großgrundbesitzer der Nationaldemokratie große Mittel für die Wahlen zur Verfügung zu stellen pflegte. All dieses hielt die Nationaldemokratie nicht ab, Zamoyski auf hämische Weise fallen zu lassen. Sie hatten nämlich mit dem sehr ehrgeizigen Führer der Opposition Thugutt angebandelt, der in radikal französischen und englischen Kreisen große Popularität besitzt. Sie hatten ihn überredet, „zur Rettung des Vaterlandes" in das „parteilose" Kabinett Grabskis einzutreten. Ihr Hintergedanke war natürlich, den besten Kopf der Linken vor seinen Wählern zu kompromittieren. Im letzten Augenblick machte Thugutts Partei einen Strich durch diesen Plan, indem sie sich für ihr gegen den Eintritt Thugutts in ein so rechts gerichtetes Kabinett aussprach. Nun war Zamoyski ausgeschifft und Thugutt nicht gewonnen. In dieser Notlage berief Ministerpräsident Grabski, dem eine englische Orientierung wegen der Finanzkalamität nicht unangenehm war, Skrzynski ins Kabinett. Im „Echo Warsch." hat der neue Außenminister folgende Richtlinien für Polens Außenpolitik gegeben:

„Meine Politik wird sich auf die Ueberzeugung **gründen, daß Polen der Schlüssel ist für das ganze**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240827018/fragment/page=0001

europäische Problem und für den allgemeinen Frieden. Polen muß Europa auf seine Rechte aufmerksam machen und auf die Rolle, die es bei der Lösung des europäischen und des Weltproblems zu spielen berufen ist. Ich glaube, daß der Schwerpunkt der europäischen Politik sich in nächster Zukunft in Genf befinden wird". Und über Polens Stellung zu Deutschland hat er einem Vertreter des Krakauer „Czas" gegenüber erklärt: „Ich bin aus Genf mit dem Eindruck abgereist, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund eine ausgemachte Sache sei. Zwar wird man deutsche Bedingungen und Vorbehalte dort nicht annehmen, aber der Anspruch auf einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat würde Deutschland gegenüber freiwillig erfüllt werden".

Wie man aus diesen Zitaten ersieht, ist es nicht zuviel gesagt, wenn ich anfänglich die Ernennung Skrzynskis keinen Personen-, sondern einen Systemwechsel nannte. Eins steht jedenfalls fest, mit Skrzynski hat Polen seinen besten außenpolitischen Kopf an die entscheidende Stelle berufen. Da er auch den Sitz im Völkerbund in Genf beibehalten will, dürfte er die Geschäfte selbst führen und sich nicht, wie sein Vorgänger, auf dekorative Gesten beschränken.

Moskau baut langsam ab.

Der Zentralvollzugsausschuß der Sowjetregierung hat allen Bürgern, die in der Landwirtschaft und den mit ihr verknüpften Industrien tätig sind und die das Wahlrecht besitzen, das Recht erteilt, auf eigenen Antrieb Genossenschaftsverbände, Vereine, Kommunen usw. zu bilden. Nach der Oktoberrevolution waren seinerzeit die primären Genossenschaften, Vereine usw. aufgelöst und durch ein besonderes Dekret ein staatliches, der Sowjetregierung unterstehendes Genossenschaftssystem, die sogenannte Sowjetkooperation, beschlossen worden. Die jetzt getroffenen Maßnahmen bedeuten demnach eine Milderung dieses Systems.

Die Londoner Auffassung.

London, 26. August. In wohlunterrichteten Kreisen beurteilt man die politische Lage in Deutschland mit einiger Besorgnis. Die Opposition mächtiger finanzieller und wirtschaftlicher Gruppen in England wird, so meint man, in Berlin nicht genügend beachtet, obwohl deren Kampf gegen die Fortsetzung der Ruhrbesetzung bekannt sein sollte. Gut unterrichtete Kreise, denen die Herstellung wirklichen Friedens am Herzen liegt, glauben, daß grundsätzlich kein großer Unterschied zwischen den Anschauungen und Wünschen der moskoviten deutschen Opposition und dem nachträglichen Briefe Macdonalds zur Räumungsfrage besteht.

Sollte bei der Annahme der Londoner Beschlüsse auf der Bedingung früherer Räumung bestanden werden, dann dürften die deutschen nationalen Parteien auf die moralische Unterstützung der gesamten Welt und den Beistand aktiver politischer Kräfte in England und den Vereinigten Staaten rechnen, die mit dem Londoner Ergebnis in der jetzigen Form und mit dem ersten Umfall Macdonalds nicht zufrieden sind, den dieser, wie aus seinem Brief an Herriot hervorgeht, inzwischen eingesehen und zu berichtigen versucht hat.

Vermittlungsversuche.

Berlin, 26. Aug. Der „Tag" erklärt: Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, daß sich auf der Basis einer sachlichen Erörterung der deutschnationalen Forderungen eine Vereinbarung finden läßt, die auch ohne augenblickliche praktische Abänderung der Londoner Vereinbarungen zu einer neuen innerpolitischen Situationen führen kann. Besprechungen dieser Art haben bis jetzt noch zu keinem praktischen Ergebnis geführt, werden aber fortgesetzt.

*

Die „Berliner Börsenzeitung" berichtet: Wie wir zu wissen glauben, ist die Deutsche Volkspartei durch einige Vertreter dabei, die Vermittlung zwischen den Deutschnationalen und der Regierung zu versuchen.

Die Aussprache im Reichstag.

In der Reichstagssitzung vom Montag nahm als erster Redner Abg. Hergt (Deutschnat.) das Wort. Er erinnert daran, daß in der großen Reichstagssitzung vor London der Abg. Schultz-Bromberg als Sprecher der deutschnationalen Fraktion bei der Stellungnahme zu dem Mißtrauensvotum der Nationalsozialisten erklärt habe, damals sei noch nicht der rechte Zeitpunkt gewesen zu der Frage, ob man der Regierung ein Vertrauens- oder ein Mißtrauensvotum erteilen solle. Stellung zu nehmen. Die Entscheidung werde zu fällen sein, wenn die Herren aus London zurückgekehrt sind. Heute sind die Herren aus London zurückgekehrt und heute sind wir Deutschnationalen zu unserem Bedauern leider genötigt, unserem Mißtrauen nach verschiedenen Richtungen hin Ausdruck zu geben.

Mißtrauen empfinden wir gegenüber dem Verhalten der deutschen Delegation in London, gegenüber dem Ergebnis der Londoner Verhandlungen und nicht zuletzt gegenüber den Reden, die vorgestern hier von der Regierung gehalten wurden und die gegen die nationale Opposition gerichtet waren.

Gab es denn keine Möglichkeit, zusammenzukommen mit der nationalen Opposition zum Zwecke einer erfolgreichen Außenpolitik? Es ist durchaus richtig, daß der Kampf um die Befreiung der besetzten Gebiete mit London erst beginnt. Gerade dann wäre es aber nötig gewesen, die Waffen für den Kampf zu schärfen und nicht abzustumpfen. Wir können es nicht billigen, wenn immer wieder das besetzte Gebiet gegen Gesamtdeutschland ausgespielt wird. Wenn Dr. Stresemann immer wieder auf die Bedeutung der realen Machtverhältnisse verweist, so lag darin eine Verkennung der Stegbarkeit des Rechtsgedankens, der Deutschlands einzige Waffe ist. Aus den Ministerreden ersieht der Eindruck, daß die gegenwärtige Regierung gegen die deutsche Wirtschaft regiert. (Zustimmung rechts.) Unsere nationale Opposition sie verdanken, die größte Stärkung für die deutsche Delegation in London. Ihr hat sie die Erfolge zu verdanken, die sie in gewissem Umfang erreicht hat. Wir haben der Regierung bei der Verhandlung den Rücken decken wollen. Wir haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir an dem großen Wiederaufbau Deutschlands mitarbeiten wollen. Die Regierungsmitglieder können von uns wahrhaftig nicht verlangen, daß wir in den Chorus der Lobhudelei einstimmen sollen,

aber in anderer Beziehung kann ich eine Anerkennung aussprechen, daß nämlich die Regierung am 15. August ihr Unannehmbar ausgesprochen hatte, gegenüber dem Verlangen Frankreichs, die Räumungsfrist weiter hinauszuschieben. Es handelte sich um eine Regierung, die nicht deutschnational beeinflußt ist, und wir erinnerten uns an das Londoner Ultimatum, an Cheriseffers usw.

Das „Berliner Tageblatt" schrieb, daß die gesamte öffentliche Meinung ohne Unterschied der Partei hinter der Regierung stände. Die „Nationalliberale Korrespondenz" billigte das Unannehmbar. Die „Zeit", das Organ Stresemanns, schrieb: „Es darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß die überhebliche Forderung der Franzosen auf einmütige Ablehnung in Deutschland stoßen wird." Wir hatten also trotz aller Bedenken aus der Vergangenheit den Eindruck, als ob man diesmal wenigstens fest bleiben wollte. Und nun über Nacht: Umfallen, Kapitulation. Was soll die ewige Rücksichtnahme auf Herriot? Unsere deutsche Außenpolitik ist nicht auf eine Person gestellt, sie Hofer haben miteinander zu verhandeln. Wir können vor der ganzen Welt die Feststellung nicht unterlassen, daß auch Macdonald an dem Umfallen eine schwere Mitschuld trägt. Wir glauben auch heute noch, wo es beinahe schon zu spät, an Macdonald den Appell richten zu sollen, diesen Umfall wieder gut zu machen; denn er hatte an diesem Umfall Schuld. Es war nur gut, daß es die Bankiers gab. Wir vermissen die richtige Ausnutzung der Stellungnahme der Bankiers.

Die deutsche Delegation hätte erklären müssen, daß sie sich bei einer Fortsetzung der Ruhraktion nur einem Diktat fügen könne. Solange noch ein Franzose im Lande steht, müssen alle handelspolitischen Verhandlungen abgelehnt werden. (Beif. rechts.)

Der Redner kritisiert dann die Einzelheiten des Sachverständigen-Gutachtens. Das deutsche Volk werde auf die Stufe eines afrikanischen Negerstammes herabsinken. Den Deutschnationalen bleibe kein anderer Weg als die Ablehnung aller Gutachten-Gesetze. Das Ziel unserer Opposition ist die Herbeiführung neuer Verhandlungen mit einem für Deutschland günstigeren Ergebnis. Dadurch, daß man dauernd Zwietracht in die Reihen der Deutschnationalen zu säen versucht, verhindert man eine vernünftige Einheitsfront aus parteipolitischen Rücksichten. Unsere Parole ist: Für Einigkeit und Recht und Freiheit. (Lebh. Beif. b. Deutschnatl.) Abg. Dr. Hilferding (Soz.) hebt hervor, daß der Vorredner manches gesagt habe, was darauf hindeute, daß seine Fraktion sich ablehnend verhalte. Aber die Frage nach der Haltung bei der Abstimmung selbst habe er nicht beantwortet. Der Redner hebt dann im Einzelnen die Verbesserungen hervor, die durch das Londoner Abkommen geschaffen worden seien. Die Deutschnationalen handelten mit ihrer Ablehnung nicht als verantwortliche Opposition, sondern als Hajardeure. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt würde sich gegen Deutschland wenden. Die Haltung der Kommunisten entspreche nur dem außenpolitischen Interesse der russischen Regierung. Der Redner fordert Auflösung des Reichstages. Der Präsident ruft einen nationalsozialistischen Abgeordneten zur Ordnung, der dem Redner „Saujude" zugerufen hatte. Abg. Dr. Kaas (Ztr.) erklärt, daß es an Kritik bei der Opposition nicht gefehlt habe, positive Vorschläge zur Besserung seien dagegen nicht gemacht worden. In dieser Hinsicht sei die Opposition durchaus steril. Trotz schwerster Bedenken gegen die Durchführbarkeit des Gutachtens in einzelnen Teilen werde das Zentrum die Vorlagen annehmen. Das Zentrum werde von dem Beitreten geleitet, die Reichseinheit zu sichern.

Abg. Frau Golke (Auth Fischer) (Komm.) zweifelt nicht daran, daß das Gutachten in Deutschland durchgeführt wird, nachdem so lange die Reklametrommel dafür gerührt wurde. Rettung bringe nicht London, Rettung bringe Moskau. Abg. Dr. Curtius (DVP) bezeichnet eine Ablehnung des Gutachtens für unmöglich. Seine Fraktion werde einstimmig die Regierungsvorlagen annehmen. Die Reichsregierung habe keine andere Stellung einnehmen können. Die sieben Punkte der Deutschnationalen hätten ihren Zweck erfüllt und gehörten jetzt der Geschichte an. Die Annahme des Abkommens sei entschieden das kleinere Uebel. Abg. Wulle (Nat.-Soz.) bezeichnet das Londoner Abkommen als

ein zweites Versailles,

das unbedingt abgelehnt werden müsse. Auch das Sachverständigen-Gutachten gehe von der Schuldlüge aus Stresemanns Silberstreifen sei ein Nebelstreifen geworden. Der Verzweiflungspolitik der Marx-Regierung müsse endlich ein Ende gemacht werden. (Beifall bei den Nat.-Soz.) Abg. Erkelenz (Dem.) wirft der Rechten vor, sie treibe eine demagogische Hetze.

Reichskanzler Marx

wendet sich scharf gegen einige Bemerkungen des Abg. Hergt. Die Vertreter der Opposition wären nicht in der Lage, einen anderen Weg als das Dawes-Gutachten zu weisen. Ehe sie das nicht können, muß ich mir ihre Kritik verbitten. (Lärm rechts.) Von meinen Ausführungen vom Sonnabend habe ich nichts zurücknehmen. Sie sind von der Opposition in keinem Punkte widerlegt worden. Zu der Hoffnung auf neue Verhandlungen gehört ein Optimismus, den ich nicht teile. (Lärm rechts.) Eine Ablehnung des französischen Räumungsvorschlages in London hätte eine geschlossene Einheitsfront der Alliierten in London gegen uns geschaffen. Eines muß ich den Nationalsozialisten sagen: Wenn Sie mit Ihrer Agitation, wie sie in den letzten Wochen getrieben wurde, weiter fortfahren . . . . (Die nächsten Worte des Reichskanzlers gehen unter dem tosenden Lärm, den die Nationalsozialisten mit drohend erhobenen Fäusten vollführen, verloren. Man hört Rufe, wie „Wir nehmen den Krieg auf! Erst nach geraumer Zeit fügen sich die Nationalsozialisten der Mahnung des Vizepräsidenten, die Pläne wieder einzunehmen.) Der Reichskanzler fährt fort: Wenn Herr Hergt uns vorwirft, wir hätten nicht die Bankiers zur Verstärkung unserer Position in London ausgenutzt, so weiß ich nicht, wie sich das mit seiner Berufung auf den siegbaften Rechtsgedanken verträgt. Außerdem hätte die Heranziehung der Bankiers die Konferenz zum Scheitern gebracht. Wir hätten nicht freiwillig unterschreiben dürfen, sagt Herr Hergt. Aber wir hätten uns einem Diktat fügen sollen. Wenn wir uns in London einem Diktat gebeugt hätten, so möchte ich einmal sehen, wie wir bei unserer Rückkehr empfangen worden wären.

Wir haben freiwillig unterschrieben und wir sind bereit, am nächsten Samstag freiwillig zu unterschreiben (Hört! Hört! rechts), weil wir dann den Weg bereiten zur wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands und zur Befreiung eines großen Teiles des besetzten Gebietes. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Nach den zustimmenden Erklärungen der Vertreter der bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei und nach ablehnenden Ausführungen des Deutschsozialen Kunze vertagte sich der Reichstag auf Dienstag 11 Uhr zur zweiten Lesung.

*

Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß: Am Dienstag soll die zweite Lesung und die Einzelberatung der verschiedenen Gesetzentwürfe erfolgen. Die dritte Lesung ist Donnerstag. Nach ihrem Abschluß erfolgen die entscheidenden Abstimmungen, von deren Ergebnis es abhängt, ob der Reichstag aufgelöst wird oder nicht. Erfolgt keine Auflösung, so wird der Reichstag auch nach dem Donnerstag noch einige Tage zusammenbleiben, um das Arbeitszeitgesetz und das Zollgesetz mit der Umsatzsteuervorlage in Angriff zu nehmen. Es würde sich hier voraussichtlich nur um die ersten Lesungen handeln. Die Vorlagen würden dann den zuständigen Ausschüssen überwiesen werden, so daß das Plenum erst später endgiltig dazu Stellung nehmen dürfte.

*

Es hat den Anschein, daß die Deutschnationalen daran denken, den Parteizwang aufzuheben, um einzelnen Parteimitgliedern zu ermöglichen, für die Annahme zu stimmen und dadurch die Reichstagsauflösung zu vermeiden. Wir halten das nicht für den richtigen Weg. Es gilt, aus der verfahrenen Lage herauszuholen, was im Gesamtinteresse herauszuholen ist. Zu diesem Zwecke müßten die Deutschnationalen u. E. ausnutzen, daß ihre Gegner es sind, die an der sofortigen Annahme ein Interesse haben, und müßten ihnen zur Erreichung dieser Ziele die Hand bieten, indem sie als Gegenleistung verlangen, was ihnen nach dem Ergebnis der Maiwahl von vornherein zugestanden hätte: Eintritt in die Regierung mit maßgebendem Einfluß. Solange wir den heutigen Parlamentarismus haben, ist ohne Parteischacher keine Politik zu machen, und das Ziel: den Millionen deutschnationaler Wähler den ihnen verfassungsmäßig gebührenden Einfluß auf die nationale Politik im Interesse des Staates zu geben, rechtfertigt das Mittel — als Notwehr gegen die den übrigen Parteien bisher gelungene Ausschaltung.

Aber statt gewissermaßen inoffiziell und versteckt zur Annahme der Londoner Ergebnisse durch Aufhebung des Parteizwangs mitzuwirken, sollten die Deutschnationalen es offiziell und geschlossen tun, und offen und vor aller Welt den Grund zu diesem Schritt aussprechen: daß ihnen durch die Taktik der übrigen Parteien und das Verhalten des Reichspräsidenten die Durchführung der richtigen Außenpolitik unmöglich gemacht ist, und daß, je verfehlter der nun einzig verbleibende Weg ist, sie um so mehr verpflichtet sind, dem Volke und Staate auf diesem Wege beizustehen.

Den Vorwurf des „Umfalls" brauchen sie nicht zu scheuen. Erst durch den Umfall der übrigen Parteien — auf den Hergt mit Recht hingewiesen hat —, sind sie wie o. Kluck an der Marne gezwungen, ebenfalls zurückzugehen.

*

Gleichzeitig müssen die Deutschnationalen alles tun, um im Wege neuer Verhandlungen bessere Bedingungen von den Alliierten zu erlangen, indem sie sich auf die von uns immer wieder betonten, uns günstigen Strömungen stützen, die durch die obenstehende außerordentlich wichtige Nachricht aus London erneut bestätigt werden.

Radfahrer! Mäntel und Schläuche im Spezialgeschäft Gummi-Bieder, Gr. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

Lillis Vergeltung.

Roman von M. Hersberg.

Amerikan. Copyright 1919 by Lit. Bur. M. Lincke. Dresden 21.

63. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Denn gleich Lilli mußten auch sie Romberg für tot halten. War doch fast ein volles Jahr dahingegangen, ohne daß eine Kunde von ihm nach Bollup oder Niedenstein gedrungen. Vergebens hatte die junge Witwe eine liebesbezügliche Nachricht von den guten Küstersleuten dort, mit denen sie noch in Verbindung stand, erhofft.

Ach, sie hatte es ja gleich bei seinem Scheiden geahnt, daß sie ihn nie mehr wiedersehen, daß seine Gefangennahme Tod und ewige Trennung bedeuten würde. Aber dennoch, dennoch war, wie damals, als er das erstemal von ihr gegangen, gegen alle Wahrscheinlichkeit, noch ein Hoffnungsfünkchen in ihrer Seele zurückgeblieben, das nun für immer erloschen.

Erwin von Fräulein von Schöben herauszubekommen, war keine angenehme und leichte Sache gewesen. Eines Tages war Lilli nach Königsberg gefahren, hatte sich nach der schloßähnlichen großen Rombergschen Villa begeben und bei der Hausdame melden lassen. Letztere, welcher der Name Waren ganz fremd war und eine Dame vom Roten Kreuz oder vom Nationalen Frauendienst, welche jetzt zur Kriegszeit ja überall in Wohltätigkeitsangelegenheiten Besuche machten, dahinter vermutete, ließ sie in das Empfangszimmer führen und erschien bald darauf in ihrer ganzen Stattlichkeit, um zu erfahren, was sie wolle. Die junge blonde Dame in Trauer kam ihr bekannt vor, ohne daß sie sich erinnern konnte, wo sie das Gesicht schon gesehen hatte. Denn ob auch etwas älter und reifer geworden, hatten sich Lillis Züge doch ihren ehemaligen eigenartigen Liebreiz soll bewahrt.

„Ich komme auf Veranlassung des Freiherrn von Romberg," begann sie nach höflicher Begrüßung, wurde aber von der Hausdame sofort unterbrochen:

„Das kann unmöglich sein, weil dieser im Felde steht und seit vielen Monaten nichts mehr von sich hören ließ. Ich weiß selbst nicht einmal, wo er sich augenblicklich befindet."

„Er ist leider in russische Gefangenschaft geraten und mit nach Rußland geführt worden," erklärte Lilli ruhig. „Ich hatte Gelegenheit, ihn vorher in Niedenstein, meinem damaligen Wohnort, wo er verwundet lag, zu sprechen, und bei der Gelegenheit äußerte er mir seine dringlichen Wünsche in betreff seines Sohnes, der, wie er mir sagte, in Ihrer Obhut ist."

„Nun verstehe ich allerdings. Das ist ja schrecklich! Darum also sind alle meine Berichte, die ich ihm ins Feld sandte, ohne Antwort geblieben! — Sie sind vermutlich seine Pflegerin gewesen?" schloß Fräulein von Schöben etwas herablassend.

„Ja, ich habe ihn pflegen dürfen," sagte Lilli mit wehmütigem Lächeln.

„War er schwer verwundet?"

„Unglücklicherweise, ja."

„Und was bestimmte er hinsichtlich seines Knaben?"

„Daß ich ihn zu mir nehmen möchte."

„Ich begreife nicht recht. Zu Ihnen sollte Erwin kommen, für die Dauer?" fragte die Hausdame argwöhnisch.

„Jawohl," entgegnete Lilli klar und fest.

„Das geht nicht," versetzte jene entschieden. „Der Kleine ist mir von seinem Vater persönlich überantwortet, und um mich zur Herausgabe desselben zu bestimmen, bedürfte es mindestens einer Vollmacht von des Freiherrn eigener Hand. Sie müssen verzeihen, aber es dünkt mich zum mindesten sonderbar und zweifelhaft, daß er Ihnen, einer ihm beinahe Fremden, seinen Sohn so ohne weiteres anvertrauen will!"

„Ich bin ihm keine Fremde," gestand Lilli errötend freimütig. „Ich war vor Jahren mit ihm verlobt."

Jetzt fiel es der Hausdame wie Schuppen von den Augen, und sie erkannte das schöne, blonde, junge Mädchen wieder, mit dem sie Konradin damals am Schlosteich hatte luswandeln gesehen. Ihre hinterlistige Absicht, wie sie sich später eingestehen gemußt, die beiden grausam auseinandergebracht, und so dem jungen Mann den Weg gebahnt zu seiner höchst unglücklichen Ehe.

In Fräulein von Schöbens Seele hatten neben der sie fast ganz erfüllenden Selbstsucht edlere Gefühle wenig Raum. Anderes angesichts dieser jungen Frau in Trauer, deren Jugendglück und Jugendliebe sie aus Neid und Mißgunst auch zerstörte, regte sich doch etwas wie Scham und Reue in ihr. — Nun erschien es ihr allerdings glaubhaft, daß eine solche Abmachung, Erwin betreffend, zwischen beiden stattgefunden, und Fräulein von Schöben, bei welcher reich der eigene Vorteil wieder in seine Rechte trat und in jene tückische, reuige Aufwallung verdrängte, erwog blitzschnell das Für und Wider, das Erwins Herausgabe ihr bringen würde.

„Wenn der Freiherr nicht wiederkehrte — schwerverwundet hieß ja in den meisten Fällen Tod, und kein nun fast jähriges Schweigen schien es zu bestätigen — so würde ihr der Knabe, trotz des reichen, ihr bewilligten Kostgeldes, wegen baldiger an sie herantretender Erziehungsfragen, sonstiger Sorgen und vormundschaftlicher regelmäßiger Auskunftsverpflichtung und Aufsicht, eine Sklaverei und Last bedeuten, welche sie um so lieber abschütteln mochte, als ihr in jedem Falle, auch ohne ihn das Vermächtnis blieb, mit dem Konradin sie in seinem Testament, wie sie wußte, dankbar bedacht hatte.

„Das frühere Bestehen so enger Bande zwischen dem Freiherrn und Ihnen ändert natürlich die Sachlage," äußerte sie daher aus diesen Erwägungen heraus und setzte vorsichtig hinzu: „Was würden Sie für des Kindes Unterhalt beanspruchen? Ich trage, mit einer bestimmten Summe dafür zur Verfügung gestellt ist, welche ich nicht überschreiten darf."

„Beanspruchen, ich?" fragte Lilli betroffen. „Nichts, nicht das geringste! Ich habe an ein Entgeld nie gedacht und bedarf dessen nicht, weil meine Zukunft in genügendem Maße durch die Fürsorge meines verstorbenen Gatten gesichert ist. Erwin soll mein Söhnchen sein und mit meinem Töchterchen erzogen werden."

„Ich, Sie sind Witwe?"

„Ja."

„Darf ich mich nach dem Stande Ihres seligen Herrn Gemahls erkundigen?"

„Er war Geistlicher und zuletzt Pfarrer in Niedenstein."

Fräulein von Schöben schien befriedigt.

„Ich bin mir der vollen Verantwortung meiner Entscheidung über Erwins Zukunft bewußt und möchte mich, da es doch immerhin möglich wäre, daß sein Vater noch zurückkehrte, nicht unwiderruflich binden, verehrte Frau," bemerkte sie nachtig. „Ich bin aber bereit, ihnen den Kleinen auf eine Zeit zur Probe, vielleicht während dreier Monate, zu überlassen. Wären Sie damit einverstanden?"

„Mit Freuden!" sagte Lilli rasch und dachte: „Ihn nur erst haben! Ich will ihn mit solcher Liebe an mein Herz nehmen, daß er nicht wieder wird von mir gehen wollen!"

Indem klingelte es draußen, und nachdem der Diener aufgemacht, hörte man eine Frauen- und Kinderstimme. Erstere schalt, und die des Kindes antwortete in klagenden Tönen. Die Hausdame öffnete die Tür.

„Komm einmal herein, Erwin!"

Schüchtern trat ein zarter, schlanker, ungefähr fünfjähriger Knabe ins Zimmer und blieb scheu an der Tür stehen. Nichts Frohes und Freies lag in dem blassen Gesichtchen, aus dem Lilli Konradins große, dunkelblaue, schwarzbewimperte Augen mit fast ängstlicher Frage entgegenschauten. Unter ihrem warmen, liebevollen Blick verloren sie jedoch ihren bänglichen Ausdruck. Sie erhob sich und ging lächelnd mit ausgestreckter Hand auf ihn zu.

„Ich komme von deinem Papa, Erwin! Er läßt dich tausendmal grüßen und küssen!"

Das blasse Gesichtchen des Knaben wurde glühend rot.

„Von Papa?" preßte er mit verhaltenem Atem hervor. „Wo ist er? Warum kommt er nicht zu mir zurück? Ich warte ja schon so lange auf ihn, so lange — ach, Papa — Papa —"

Die ganze Sehnsucht des einsamen Kindes kam in den wenigen abgebrochenen Worten zum Ausdruck. Er begann zu zittern und Tränen rannen über seine Wangen.

Ergriffen kniete Lilli bei ihm nieder und umschlang ihn mit beiden Armen.

„Er kann noch nicht zu dir kommen, lieber Erwin; aber er denkt an seinen kleinen Sohn Tag und Nacht und bittet Gott, daß er ihn schützen und behüten möge. Und er will, daß ich dich mit mir nehme. Sieh, ich wohne auf dem Lande, wo es einen schönen Wald gibt mit vielen, vielen grünen Bäumen und einen herrlichen See und Wiesen voll bunter Blumen. Und da ist auch ein artiges kleines Mädchen, mit dem du spielen und plaudern kannst. Möchtest du mit mir gehen, Erwin?"

„Darf ich?" fragte der Knabe, halb furchtsam, halb hoffend zu Fräulein von Schöben aufblickend.

„Hast du Lust dazu? Willst du?"

„Ja, ich will, ich will!" sagte er sehr bestimmt. — — (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240827018/fragment/page=0002